



Martina Renner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Martina Renner, MdB, Blumenbachstraße 5, 99867 Gotha

Berlin, 24.11.2014

Bezug:

Anlagen:

Martina Renner, MdB

Blumenbachstraße 5

99867 Gotha

Telefon: +49 3621-512 89 30

Fax: +49 3621-512 89 30

martina.renner.ma03@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Unter den Linden 50

Raum:

Telefon: +49 30 227-7 4818

Fax: +49 30 227-7 6816

martina.renner.@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:

Eugen-Richter-Straße 44

99085 Erfurt

Telefon: +49 361-789 28 140

Fax: +49 361-789 18 141

martina.renner.ma04@bundestag.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor knapp zwei Monaten habt Ihr und Sie dazu beigetragen, dass erstmals eine von der LINKEN geführte Landesregierung in Thüringen möglich und greifbar erscheint. Ohne Euer und Ihr unermüdliches Engagement in den Wochen des Wahlkampfes, aber auch in den Monaten davor wäre das nicht möglich gewesen. Danke! Und auch Danke dafür, dass Ihr Euch von der massiven Mobilisierung von CDU über AfD bis hin zu NPD und Neonazi-Kameradschaften gegen unser gemeinsames Rot-Rot-Grünes Projekt nicht einschüchtern lasst. In dieser zutiefst konservativen-rechten Mobilisierung offenbart sich eine erschreckende Missachtung des WählerInnen-Wunsches nach einem Wechsel in der Regierungspolitik. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass uns genau dieser dringend notwendige Wechsel zu einer solidarischen und gerechteren Politik in Thüringen gelingen wird.

Vor einem knappen Jahr bin ich – Dank Eurer Hilfe und Eurer Stimmen – aus dem Thüringer Landtag in den Bundestag gewählt worden. Mit diesem Brief will ich einen Überblick über mein erstes Jahr als gewählte Bundestagsabgeordnete geben – und einen kurzen Ausblick auf meine Pläne für das Jahr 2015. Für die Bundestagsfraktion der LINKEN bin ich Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss, ordentliches Mitglied im Innenausschuss und Sprecherin für antifaschistische Politik. Außerdem bin ich Mitglied im Arbeitskreis V „Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung“ der Fraktion. Mit unseren 64 Bundestagsabgeordneten haben wir in dieser Legislaturperiode unter anderem 553 Kleine Anfragen, 117 Anträge, 40 Entschließungsanträge, 33 Änderungsanträge, 13 Gesetzesentwürfe und drei Große Anfragen gestellt. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag - gemeinsam mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellen wir lediglich 20 Prozent der 631 Abgeordneten - sind wir permanent mit dem Problem konfrontiert, dass die Bundesregierung das Parlament und dessen



Kontrollrechte immer wieder missachtet. Umso wichtiger ist es deshalb, dass linke Politik in den Ländern sichtbar und wirksam ist.

Mehr soziale Gerechtigkeit ist und bleibt ein ganz wichtiges Thema für mich persönlich und DIE LINKE insgesamt. Die Zugeständnisse der Großen Koalition seit September 2013 sind auch ein Ergebnis des Drucks, den wir kontinuierlich gemacht haben: Zehn Jahre haben wir dafür gekämpft, dass es einen flächendeckenden Mindestlohn geben muss. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die ungerechten Ausnahmen – für die ganzen jungen ArbeitnehmerInnen unter 18, für PostzustellerInnen und Langzeitarbeitslose soll der Mindestlohn von 8,50 Euro nicht gelten – zurückgenommen werden. Das gilt auch für die Ungerechtigkeiten im Rentensystem.

Aufklärung im NSA-Untersuchungsausschuss

Als Obfrau im NSA-Untersuchungsausschuss setze ich mich darüber hinaus intensiv dafür ein, dass der Skandal der umfassenden Überwachung unserer Kommunikation durch deutsche und ausländische Geheimdienste so umfassend wie möglich aufgeklärt wird. Und dass Edward Snowden, ohne dessen selbstloses Handeln niemand von der Bedrohung demokratischer Gesellschaften durch unkontrollierbare Geheimdienste erfahren hätte, endlich vor dem NSA-Untersuchungsausschuss in Berlin als Zeuge gehört werden kann. Am 26. September 2014 haben DIE LINKE und die GRÜNEN deshalb gemeinsam eine so genannte Organklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Klage richtet sich einerseits gegen die Mehrheit von Union und SPD, die im NSA-Untersuchungsausschuss durch ihre Blockadehaltung dringende notwendige Aufklärung und eine Vernehmung Snowdens verhindern, und andererseits gegen die Bundesregierung. Parallel dazu hat der Untersuchungsausschuss in den ersten zwölf Sitzungen Sachverständige sowie einige Mitarbeiter des BND aus der gemeinsam von BND und NSA betriebenen Abhörstation Bad Aibling gehört. So forderte der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Hans Papier im Untersuchungsausschuss zum Schutz der Grundrechte eine rechtliche Beschränkung der Geheimdienstpraxis – und hat mich persönlich sehr darin bestärkt, nicht nachzulassen in unseren Bemühungen. Denn mit jeder Sitzung des Untersuchungsausschusses wird deutlicher, dass der BND seine Praxis nach den Interessen und Wünschen der NSA ausrichtet – und der Schutz der Grund- und Bürgerrechte dafür schlicht auf der Strecke bleibt. Schon jetzt ist klar, dass wir dringend das Primat des Parlaments im Untersuchungsausschuss zurückerobern müssen – auch wenn die Mehrheitsverhältnisse dafür denkbar ungünstig sind. Schließlich geht es hier auch um die Frage, wie in Zukunft die Sicherheit der privaten Kommunikation als gesellschaftlicher Standard und Grundrecht wieder hergestellt werden kann. Die



meisten Sitzungen des NSA-Untersuchungsausschusses sind im Übrigen öffentlich: Ein Besuch lohnt sich. Und auf meiner Website www.martinarenner.de findet sich auch eine Vorschau und Nachbetrachtung zu den jeweiligen Ausschusssitzungen.

Den NSU-Komplex weiter aufklären – im Innenausschuss

Darüber hinaus setze ich mich als ordentliches Mitglied im Innenausschuss insbesondere für die weitere parlamentarische Aufklärung des NSU-Komplexes ein. Auf unsere Initiative hin mussten der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Generalbundesanwalt mehrfach im Innenausschuss zum NSU-Komplex berichten. Insbesondere zur Rolle des langjährigen Neonazikaders und V-Mannes des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Corelli“ sind aber noch viele Fragen offen. Auch hier bewährt sich die gute Zusammenarbeit zwischen der Thüringer Landesgruppe der LINKEN und unserer Bundestagsgruppe. Nachdem der Thüringer Untersuchungsausschuss – auch dank des unermüdlichen Einsatzes von Katharina König – im September 2014 einen wirklich beeindruckenden Abschlussbericht vorgelegt hat, ist auch im Bundestag der Druck wieder erheblich gestiegen, Antworten auf die vielen offenen Fragen im NSU-Komplex zu finden und die zuständigen Behörden zur Verantwortung zu ziehen. Und natürlich ist die anhaltende Mobilisierung von Neonazis gegen Flüchtlingsheime, gegen antifaschistisch und bei den LINKEN Engagierte ein Thema, das ich sowohl im Wahlkreis als auch durch zahlreiche parlamentarische Anfragen konkret bearbeite.

Im Innenausschuss bin ich aber auch für die Themen Waffenrecht zuständig. Ohne die berechtigten Interessen von Sportschützen und Jägern in Frage zu stellen, muss es auch weiterhin darum gehen, den privaten Waffenbesitz in Deutschland wirksam zu kontrollieren und die wachsende Zahl von Waffen in der Hand einer fast gleichbleibenden Anzahl von Berechtigten kritisch zu hinterfragen. Hier gibt es eine direkte Verbindung zu einem der Schwerpunktthemen der Politik der LINKEN im Bundestag: Rüstungsexporte und eine kritische Auseinandersetzung mit Deutschland als internationaler militärischer Ordnungsmacht. Unser Ziel – sei es in der Ukraine oder in Syrien – ist der Schutz des Völkerrechts, eine Ächtung faschistischer Organisation und Gewalt und ganz dringend – eine funktionierende Rüstungsexportkontrolle – auch bei Kleinwaffen. Eine Erfolgsgeschichte parlamentarischer Initiativen gibt es genau aus diesem Politikfeld: Die Linksfraktion hatte durch parlamentarische Anfragen aufgedeckt, dass der Waffenhersteller Sig-Sauer über die USA Pistolen und Revolver nach Kolumbien geliefert hat, wo seit zwei Jahrzehnten bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Die Ergebnisse unserer parlamentarischen Anfragen haben dann eine Reihe von Medienberichten hervorgerufen und die



Staatsanwaltschaft ist auf unsere Recherchen hin tätig geworden. Deutschland als Waffenexportweltmeister trägt u.a. durch ungehinderte Exporte von Kleinwaffen dazu bei, bewaffnete Konflikte weiter zu eskalieren und die Zivilbevölkerung tödlicher Gewalt auszusetzen.

Gemeinsam gegen TTIP

Bei einem anderen wichtigen Thema – den Verhandlungen um das TTIP-Freihandelsabkommen - reicht unser parlamentarischer Widerstand alleine nicht aus – hier braucht es eine wirklich breite gewerkschaftliche und gesellschaftliche Mobilisierung, um dieses Abkommen doch noch in letzter Minute zu verhindern.

Wir lehnen TTIP aus vielen Gründen ab:

- wegen der intransparenten und undemokratischen Verhandlungen,
- weil die Verhandlungsziele von Konzerninteressen getrieben sind, nicht von (zivil-)gesellschaftlichen Interessen,
- weil das Abkommen in weiten Teilen Entscheidungen nationaler Parlamente, also die Gesetzgebung demokratischer Instanzen, aushebelt (zum Beispiel bei Patentrichtlinien oder dem Verbot von Fracking) und so die Demokratie gefährdet,
- weil die damit verbundenen Investitionsschutzabkommen und Schiedsgerichte demokratisch nicht legitimiert sind und die Zivilgesellschaft in Geiselschaft der Konzerne genommen wird,
- weil Arbeitnehmerrechte aufgeweicht bzw. umgangen werden,
- weil Umwelt- und Gesundheitsstandards heruntergefahren bzw. unterlaufen werden,
- weil Verbraucherrechte beschränkt und Verbraucherschutz eingeschränkt werden,
- weil Finanzmarktregulierungen aufgehoben und neue Deregulierungen eingeführt werden sollen, wodurch Finanzmärkte noch krisenanfälliger werden,
- weil TTIP nur den großen Konzernen nutzt und kleine Unternehmen das Nachsehen haben,
- weil die soziale Ungleichheit aufgrund der ungleichen Einkommens- und Gewinnverteilung weiter wachsen wird und
- weil durch TTIP die übergroße Dominanz des Westens in der Weltwirtschaft noch zementiert wird, deren Spielregeln der neu entstandene Wirtschaftsblock im Alleingang bestimmen könnte, was zulasten insbesondere des globalen Südens geht.



Und wie geht es nun in 2015 weiter für DIE LINKE im Bundestag?

- Wir wollen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA stoppen. Mit den Kritikerinnen und Kritikern in Europa und den USA werden wir den Widerstand gegen TTIP in Parlamenten und auf der Straße lautstark vertreten, uns vernetzen und austauschen.
- Wir wollen klare Regeln beim Datenschutz und gegen Geheimdienste. Die flächendeckende Schnüffelei, das kommerzielle Sammeln und der Verkauf persönlicher Daten sind nicht hinnehmbar.
- Wir wollen eine enge Zusammenarbeit zwischen EU und USA in Steuerfragen, um die legalen Tricks der Steuervermeidung abzubauen – wie nicht zuletzt die Luxemburg-Leaks deutlich gemacht haben - und illegale Steuerhinterziehung zu bekämpfen.
- Wir wollen eine strikte Regulierung der Finanzbranche, einen Finanz-TÜV und einen starken Verbraucherschutz.
- Wir wollen weltweit Lohn-, Sozial- und Umweltdumping verhindern und Unternehmen für ihr Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen.
- Wir wollen hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen in der EU und in den USA.
- Wir wollen Waffenexporte verbieten, Kriege beenden und die Entwicklung der Länder des globalen Südens fair und gerecht ermöglichen.

Für mich persönlich bedeutet das, mich mit aller Kraft im NSA-Untersuchungsausschuss und im Innenausschuss für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte einzusetzen. Der Austausch mit Euch und Eure Anregungen, Eure Unterstützung, aber auch Kritik ist dabei unschätzbar wertvoll. Sehr gefreut habe ich mich über das große Interesse an den Veranstaltungen, die wir in diesem Jahr im Wahlkreis organisiert haben – wie den Buchlesungen mit Bodo Ramelow, Ralph Dobraua und Jan Korte und den Diskussions- und ExpertInnen-Runden zu Uranstaub, zur AfD, zum Drohnenkrieg, zur Situation der KurdInnen in Syrien und im Irak sowie mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Landesrechnungshofs. Weitere Veranstaltungen – u.a. zur Drogenpolitik – sind für 2015 schon in Planung. Wir freuen uns aber auch über Themenwünsche und Anregungen per Mail oder telefonisch. Die Termine sind jeweils auf www.martinarennner.de zu finden.



Für heute bleibt mir noch, Ihnen und Euch einen guten Start in den Winter und die Adventszeit zu wünschen – und uns allen zu wünschen, dass das neue Jahr für Thüringen eine von Bodo Ramelow als Ministerpräsident geführte rot-rot-grüne Landesregierung bringen wird.

Herzlichst,

Eure und Ihre Martina Renner

A handwritten signature in black ink, reading "Martina Renner". The signature is written in a cursive style with a large, looping initial 'M'.